

# Die Kriegsschuld des deutschen Generalstabs

von

RICHARD GRELLING



A80-10139

---

Verlag „Friede durch Recht“ Wiesbaden

# Die Kriegsschuld des deutschen Generalstabs

von Richard Grelling.

Motto: „Wer regiert in Deutschland,  
Moltke oder Bethmann?“  
Berchtold am 31. Juli 1914.

## I.

Die bayerischen Archive, die uns bisher so reichliches Material zur Aufklärung der Kriegsschuldfrage geliefert haben, enthalten — neben den bisher veröffentlichten Berichten der Zivilbeamten: Gesandten, Geschäftsträger usw. — auch Berichte bayerischer Militärbevollmächtigter, die von großem Interesse für die Schuldfrage sein müssen. Mit diesen militärischen Berichten geht es uns ebenso wie mit den Akten des früheren preußischen Kriegsministeriums, des Reichsmarineamts, des General- und Admiralstabs, die wegen der „knapp bemessenen Zeit“ — wie die Herausgeber der deutschen Dokumentensammlung sich in ihren Vorbemerkungen ausdrücken — nicht gleichzeitig mit den diplomatischen Dokumenten, nämlich im November 1919, veröffentlicht werden konnten, die aber auch in den nachfolgenden fünf Jahren nur teelöffelweise, soweit es den deutschen Unschuldaposteln in ihren Kram paßte, der Öffentlichkeit verabreicht worden sind. Im großen und ganzen wissen wir noch heute nicht, welches kostbare Material in den Archiven der Berliner Militär- und Marinebehörden (soweit es nicht vorsorglich beiseite geschafft worden ist) schlummert, aber immerhin sind wir durch die diplomatischen Dokumente der verschiedenen Länder, in erster Linie Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, durch die Erinnerungsbücher der Staatsmänner und andere Quellen in die Lage gesetzt, den entscheidenden Einfluß des deutschen Generalstabs, des Kriegsministeriums und überhaupt der militärischen Umgebung des Kaisers Wilhelm auf die Herbeiführung des Weltkrieges mit solcher Sicherheit nachzuweisen, daß für den un-

parteiischen Forscher kein Zweifel an der Richtigkeit der von mir von jeher vertretenen Thesen bestehen kann. Diese Thesen lauten:

1. Die Militärpartei am deutschen Kaiserhofe hat im Sommer 1914 den europäischen Krieg gewollt, erstrebt und absichtlich herbeigeführt.
2. Die Zivilregierung, in erster Linie der Reichskanzler Bethmann Hollweg, hat zunächst nur den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, aber bewußt das Risiko des europäischen Krieges in Kauf genommen; im letzten Stadium des Konfliktes hat sie sich dem Willen und dem Druck der Militärpartei unterworfen und zur Handlangerin der auf den europäischen Krieg losstürmenden Generale erniedrigt.
3. Das treibende Element zum Kriege sind die Militärs, das getriebene die Zivilisten gewesen.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle die unzähligen Beweise und Indizien vorzuführen, die zur Begründung dieser Thesen dienen. Diese Beweise sind in meinen veröffentlichten Büchern und Schriften in reichstem Maße zu finden, noch mehr aber in meinen noch unveröffentlichten „Monographien zur Kriegsvorgeschichte“, deren eine unter dem Titel „Moltke, der Kriegsmacher“ auf nicht weniger als 350 Maschinenschriftseiten die ausschlaggebende Kriegsschuld des Generalstabschefs darzut. Die Erinnerungen Conrads von Hötzingendorf, die zur Zeit der Abfassung dieser Monographie noch nicht erschienen waren, haben das Belastungsmaterial gegen Moltke bis zum Ueberfluß gesteigert — worauf ich noch später zurückkommen werde. Die Berichte der bayerischen Gesandtschaft aus Berlin (Dokumente Band IV Seite 123 bis 158), welche die schwersten Belastungen gegen Moltke enthalten, werden durch die Conradschen Erinnerungen von 1909 und 1914 zu einem Gesamtbilde Moltkes zusammengefügt, das diese „zum Pessimismus neigende, fast pazifistisch veranlagte Natur“ (so Montgelas im deutschen Weißbuch von 1921 S. 54) als krassesten Typus eines militärischen Präventionisten zeigt, der kaltblütig einen, nach seiner Ansicht „unvermeidlichen“ Krieg bloß deshalb vom Zaune bricht, weil er sich im gegebenen Augenblick im militärischen Vorteil glaubt. Dieser Präventionsgedanke ist die einzige Ähnlichkeit zwischen dem großen Onkel, dem Feldmarschall Graf Moltke, und dem ach so kleinen Neffen, dem Generaloberst von Moltke: auch der große Moltke hat dem Fürsten Bismarck das Leben schwer gemacht mit seinem wiederholten Drängen auf präventives Losschlagen gegen Frankreich in den siebziger und acht-

ziger Jahren, aber er hatte den eisernen Kanzler als Gegenpart, der sein — scheinbar starkes, aber innerlich so brüchiges — Lebenswerk nicht durch den Tatendrang der Soldaten gefährden lassen wollte. Der Neffe Moltke hatte einen Bethmann, den größten Schwachmatikus, der je einen verantwortlichen Regierungsposten bekleidet hat, zum Gegenpart und, was dabei herausgekommen ist, sehen wir heute mit Schrecken. . . .

## II.

Der Antagonismus zwischen Bethmann und Moltke, der dem kritischen Leser aus vielen Dokumenten der deutschen Aktensammlung von 1919 entgegenspringt, wird durch das bisher unbekannte, in Nr. 8 der „Menschheit“ publizierte Schriftstück aus den bayerischen Archiven — einem Briefe des bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin an den Kriegsminister in München vom 29. Juli 1914 — in sehr interessanter Weise beleuchtet.

Die wesentlichen Teile des Schriftstückes seien hier nochmals abgedruckt:

### A b s c h r i f t.

Nr. 2637 Berlin-Halensee, den 29. Juli 1914  
K. B. Militärbevollmächtigter Kurfürstendamm 136/II.  
in Berlin.

Vertraulich!

An

Bericht No. 1.

den Herrn Kriegsminister

(Stempel)

Betreff:

K. B. Kriegsministerium  
empf. 30. Juli 1914.  
No. 21897.

Politische Lage und mili-  
tärische Maßnahmen.

Nach meinen heutigen Eindrücken ringen hier Kriegsministerium und Generalstab einerseits, Reichskanzler und Auswärtiges Amt andererseits miteinander. Einmütigkeit herrscht nur in der Mißstimmung, daß Oesterreich seine vorbereitenden Maßnahmen so wenig durchgreifend gefördert hat, daß bis zur Eröffnung der Operationen noch etwa 14 Tage vergehen werden.

Der Kriegsminister, unterstützt vom Generalstabschef, wünscht dringend militärische Maßnahmen, die der „gespannten politischen Lage“ und der immerhin „drohenden Kriegsgefahr“ entsprechen würden. Der

Chef des Generalstabs will noch weiter gehen. Er setzt seinen ganzen Einfluß darein, daß die selten günstige Lage zum Losschlagen ausgenutzt werden sollte. Er weist darauf hin, daß Frankreich geradezu in militärischer Verlegenheit sich befindet, daß Rußland militärisch sich nichts weniger als sicher fühle; dazu die günstige Jahreszeit, die Ernte großen Teils geborgen, die Jahresausbildung vollendet. Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs begaben sich heute Mittag wieder zum Reichskanzler zu längerer Besprechung. Ich hoffe, abends über das Ergebnis zu erfahren.

Diesen treibenden Elementen gegenüber bremst der Reichskanzler mit allen Kräften und wünscht alles zu vermeiden, was ähnliche Maßnahmen in Frankreich oder England auslösen und den Stein ins Rollen bringen könnte.

So soll der Reichskanzler auch mit der um einen Tag früher erfolgten Heimkehr Seiner Majestät und der Rückberufung aller Flottenteile (auch Schulschiffe) nicht einverstanden gewesen sein und ein unerwünschtes Echo dieser Maßnahme in der englischen Flottenbereitmachung erblicken.

Nur mit Mühe gelang es dem Kriegsminister, gestern die Zustimmung des Reichskanzlers zur Rückberufung aller Truppenteile in die Standorte durchzusetzen; es gelang dies nur durch den Hinweis auf die gleiche Maßregel in Frankreich. Allgemeine Einberufung aller beurlaubten Offiziere und der Ernteurlauber wurde vom Reichskanzler abgelehnt; der Reichskanzler hat absichtlich auch wichtige Chefs von Zentralbehörden ersucht, im Urlaub zu verbleiben, so Exzellenz von Tirpitz, Delbrück und andere. Das Kriegsministerium hat alle, der Generalstab die wichtigsten Offiziere gestern einberufen. Der kommandierende General XVI. Armeekorps soll, wie mir im Generalstab gesagt wurde, aus eigener Befugnis alle Ernteurlauber einberufen haben. Zutreffendenfalls dürfte vielleicht erwogen werden, ob die gleiche Maßnahme für die bayerischen Truppen in den Reichslanden und in der Pfalz auf Anordnung des kommandierenden Generals II. bayr. A.K. durchgeführt werden solle.

Die Zivilbewachung der Pfalzbahnen, wie aller Grenzbahnen, ist bereits, wie mir in der II. Abteilung des Generalstabs mitgeteilt wurde, auf dem Wege durch das Reichs-Eisenbahnamt angeordnet worden.

Die Rückberufung aller Truppen von den Truppenübungsplätzen wurde, wie mir der Chef AI sagte, be-

reits gestern an die drei Kriegsministerien der Bundesstaaten telegraphisch mitgeteilt; in gleicher Weise werden ähnliche weitere Vorkehrungen direkt bekanntgegeben werden. Daß bis auf weiteres auch keine Truppenteile den Standort mehr verlassen dürfen, gilt als selbstverständliche Folge.

Sonst wurde bis jetzt angeordnet:

1. Bewachung der drei großen Funkenstationen durch Sicherheitsbeamte.
2. Bewachung der Luftschiffhallen (auch der privaten) durch Militär.

Die drei Militärbevollmächtigten sind für ihre Informationen heute an den Chef AI (Oberstleutnant von Wrisberg) gewiesen worden, mit dem sie täglich zweimal (1/2 11 Uhr vormittags und 6 Uhr nachmittags) zusammentreten. Heute Vormittag wurde uns zunächst der Inhalt des gestrigen Telegramms an die drei Kriegsministerien und die zwei ersten Berichte des Generalstabs über die militärischen Maßnahmen in den Nachbarländern bekannt gegeben, ich habe gebeten und die Zusage erhalten, daß ich jeweils zwei Abdrücke (für K. Kriegsministerium und bayr. Generalstab) bekomme. Nr. 1 und 2 werden mir nachgeliefert. Die Berichte beziehen sich, was Ortsnamen betrifft, auf die Perthes'sche Karte von Mitteleuropa. 1 : 150 000.

Der am 27. Juli 4 Uhr nachmittags ausgegebene Bericht enthält im Auszug folgendes: . . . . .

Der hier weggelassene zweite Teil des Berichtes enthält die auszugsweise Wiedergabe einer Situationsschilderung vom 27. Juli, wie sie der Generalstab von diesem Tage ab regelmäßig auszugeben pflegte. Auffallenderweise ist der Generalstabsbericht vom 27. Juli, den der bayerische Militärbevollmächtigte reproduziert, in der deutschen Aktensammlung nicht enthalten, die erst mit dem Generalstabsbericht vom 29. Juli (D. 372) beginnt. Die Gründe für die Weglassung in der Dokumentensammlung sind unbekannt. Sollte vielleicht der Frankreich betreffende Passus dafür maßgebend gewesen sein: „Paris vollkommen ruhig. Presse auffallend gemäßigt. Von Mobilmachung nichts zu spüren.“? Für uns ist nicht der Generalstabsbericht vom 27. Juli, sondern die Schilderung der Strömungen und Gegenströmungen zwischen der Zivilregierung und der Militärpartei von Interesse.

Man vergegenwärtige sich die politische Situation am 29. Juli, als Moltke „seinen ganzen Einfluß darein setzte, daß die selten günstige Lage zum Los-

schlagen ausgenutzt werden solle.“ Zum Losschlagen, nicht etwa nur seitens Oesterreichs gegen Serbien — wie unsere Unschuldswälte uns unermüdlich, Tag für Tag und Jahr für Jahr, weißzumachen suchen —, nein: zum Losschlagen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der erhofften Bundesgenossen Rumänien, Bulgarien, Italien, Türkei, Schweden usw. gegen Frankreich, das sich „geradezu in militärischer Verlegenheit befindet“, und gegen Rußland, das sich „militärisch nichts weniger als sicher fühle.“ Wie geringschätzig Moltke über Englands eventuelle Kriegsgegnerschaft dachte — die man im Uebrigen auf Grund der angeblichen, von Prinz Heinrich überbrachten Neutralitätszusage des Königs Georg für sehr zweifelhaft hielt — erfahren wir unter anderem aus Tirpitzens Erinnerungen: die Warnungen des Großadmirals vor einer Unterschätzung der britischen Armee, „die gewissermaßen aus lauter Sergeanten bestände“, beantwortete Moltke mit der wegwerfenden Wendung: „Die arretieren wir“. Ein anderes Mal äußerte der Generalstabschef auf eine ähnliche Warnung hin: „Je mehr Engländer, desto besser.“ (Tirpitz S. 251 und 457). Der Admiral fügt seiner Erzählung über die Moltkesche Blindheit den berühmt gewordenen Satz an: wir seien „nicht nur politisch, sondern auch militärisch in den Krieg hineingetapert“. Das war eben das fürchterliche Verhängnis Deutschlands, daß seine militärischen Spitzen kriegswütig, aber gleichzeitig unfähig, seine zivilen Spitzen ebenso unfähig, aber gleichzeitig willensschwach und charakterlos waren.

### III.

Das Dokument wirkt erst vollständig durch die Uebereinstimmung der dem Generalstabschef zugeschriebenen Gedanken und Bestrebungen mit den Aeußerungen, die der bayerische Gesandte Lerchenfeld aus dem Munde Moltkes berichtet. So heißt es in einem Briefe Lerchenfelds vom 31. Juli an den Ministerpräsidenten Hertling (D. IV. S. 151):

„In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat der Generalstabschef Herr von Moltke sich dahin ausgesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann. Die Gründe, die er anführt, sind: 1. Ueberlegenheit der deutschen Artillerie. Frankreich und Rußland besitzen keine Haubitzen und können daher keine Truppe in gedeckter Stellung mit Steilfeuer bekämpfen. 2. Ueberlegenheit des deutschen

Infanteriegewehres. 3. Ganz ungenügende Ausbildung der französischen Truppe infolge zweijähriger Dienstzeit bei der Kavallerie und der gleichzeitigen Einberufung zweier Jahrgänge bei allen Waffengattungen infolge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, darunter muß die Ausbildung gelitten haben.“\*

Man beachte besonders die Tatsache, daß Moltke „schon vor Monaten“, also lange vor der Ermordung des österreichischen Thronfolgers, einen Präventivkrieg aus rein militärischen Zweckmäßigkeitsgründen in Aussicht genommen und sich, angesichts der Inferiorität Frankreichs und Rußlands, bereits den Siegeslorbeer um seine Denkerstirne gewunden hat. Das läßt tief blicken! Herr Montgelas, dem diese und andere Siegesfanfaren seines früheren Vorgesetzten offenbar unbequem für seine Unschuldskampagne sind, sucht, wie überall, auch hier einen Ausweg aus dem Dilemma, wobei es ihm — dem früheren Ankläger und jetzigen Verteidiger der deutschen Machthaber — auf eine Unehrllichkeit mehr oder weniger nicht ankommt: er schiebt die Siegesäußerungen Moltkes auf die gebotene Taktik für einen Generalstabschef, der „nachdem es nun einmal zum Kriege gekommen war . . . seine Bedenken in seinem Innern verbergen“ müsse. Herr Montgelas vergißt, daß der Angeklagte, zu dessen Verteidiger er sich aufwirft, „schon vor Monaten“, also nicht erst, als es zum Kriege gekommen war, seine Präventiv- und Siegeshoffnungen von sich gegeben hatte. Im Uebrigen ist Herr Montgelas selbst — nämlich der Montgelas von 1918, der damalige Ankläger, dem noch nicht die himmlische Erleuchtung von der deutschen Unschuld aufgegangen war — ein klassischer Zeuge dafür, daß der Krieg von 1914 ein von der deutschen Militärpartei bewußt und absichtlich herbeigeführter Präventivkrieg war. Wie heißt es doch in den handschriftlichen Aufzeichnungen, die mir Herr General Graf Montgelas damals in der Schweiz, als mein Gesinnungsgenosse und Mitankläger, zur Verstärkung der Beweiskraft meiner Bücher zukommen ließ (siehe meine Veröffentlichung in der „Neuen Schweizer Zeitung“ vom 11., 14. und 18. November 1919)? „Der Krieg war sicher kein Defensivkrieg, aber auch nicht von Anfang an ein imperialistischer Eroberungskrieg, sondern ein Präventivkrieg.“ „Der am 5. Juli beschlossene Präventivkrieg war schon im September 1914 zum Eroberungskrieg geworden.“ Zur Erhärtung der

---

\* Die Unterstreichungen in den Dokumenten rühren von mir her. D. bedeutet die deutsche Dokumentensammlung, A. die Sammlung österreichischer Aktenstücke von 1919.



These, daß der Entschluß zum Präventivkriege prinzipiell schon nach den beiden Balkankriegen „an maßgebender Stelle“ durchgedrungen sei, führt der damals pazifistische General — außer „Verdachtsgründen“ und „unanfechtbaren Beweisen“ — auch „persönliche Beobachtungen“ ins Feld, die um so schwerer ins Gewicht fallen, als Graf Montgelas — wie er selbst in der berüchtigten Viermännerschrift von Versailles vom 27. Mai 1919 feststellt — zwei Jahre lang der unmittelbare Untergebene Moltkes im Generalstab war. Ich habe schon wiederholt an den jetzigen Führer der Unschuldskampagne die Frage gerichtet, wie er, der beneidenswert geschickte Eskamoteur aller einstmals „unanfechtbaren“ Belastungsbeweise, auch die „persönlichen Beobachtungen“ aus der Welt schaffen will, die er als aktiver General und Moltkes Gehilfe im Generalstab in den Vorkriegsjahren gemacht hat. Antwort habe ich niemals erhalten. Es bleibt also dabei, daß Moltke nicht nur durch seine eigenen Äußerungen und Handlungen, sondern auch durch seinen Untergebenen Montgelas in unerschütterlicher Weise als Präventionskrieger belastet ist.

Von den verschiedenen Äußerungen Moltkes über die Siegeschancen will ich hier nur noch die in einem Briefe Lerchenfelds an Hertling vom 5. August 1914 erwähnte anführen (D. IV. S. 157):

„Er wisse auf das bestimmteste, daß zwischen Rußland, Frankreich und England ein Angriffskrieg gegen Deutschland für das Jahr 1917 abgemacht war und vorbereitet wurde. Als Leiter der Machenschaft betrachtet Moltke Rußland. Man könne es als ein Glück betrachten, daß durch den Mord in Sarajevo die von den drei Mächten angelegte Mine schon in einem Zeitpunkt aufgefliegen sei, in dem Rußland nicht fertig und die französische Armee sich in einem Uebergangsstadium befinde. Gegen die drei vollkommen gerüsteten Staaten würde Deutschland einen schweren Stand gehabt haben.“

Man kann wohl kaum in deutlicherer Weise, als es hier durch Moltke geschieht, den Gedanken des Präventivkrieges zum Ausdruck bringen. Nach militärischer Auffassung — in der Moltke und Conrad durchaus übereinstimmen — gibt es „vernünftige“ und „unvernünftige“ Kriege: die ersteren sind die, die man führt, „wenn die Chancen des Erfolges auf eigener Seite liegen“; die letzteren die, bei denen das Gegenteil der Fall ist (siehe Conrad I S. 169 und Moltke nach französischem Gelbbuch Nr. 3). Moltke handelte also von seinem Standpunkt

aus nur vernünftig, wenn er die Ueberlegenheit Deutschlands über seine Nachbarn im Sommer 1914 zum Losschlagen benutzte. Daher die „große Zuversicht“ des Generalstabs, die aus den bayerischen Gesandtschaftsberichten überall hervorleuchtet und auch den Brief des Militärbevollmächtigten Wenninger als Leitfaden durchzieht.

#### IV.

Conrad von Hötzendorf war geradezu ein Fanatiker des Präventionsgedankens, allerdings mit der Einschränkung, daß er nur die kleineren, nach seiner Meinung unversöhnlichen Gegner der Monarchie einzeln totschiessen wollte, um auf diese Weise einer Massenkoalition, der Oesterreich-Ungarn nicht Stand halten könne, zu entgehen. So drängte er danach, im Jahre 1907 gegen Italien, im Jahre 1909, im Anschluß an die bosnische Krisis, gegen Serbien loszuschlagen. Er war wohl bereit — in den früheren Jahren wie im Sommer 1914 — das Risiko einer europäischen Konflagration, als Folge seiner Einzelkriege gegen unbequeme Nachbarn, in den Kauf zu nehmen, aber nirgends in seinen Erinnerungen ist zu erkennen, daß er einen europäischen Völkerkrieg oder gar einen Weltkrieg direkt gewünscht, erstrebt oder gar angezettelt habe. Das Gegenteil war der Fall: er fürchtete den „großen“ Krieg und wollte ihm durch die kleinen Präventivkriege aus dem Wege gehen. Die Tendenz auf einen Großmachtkrieg war den deutschen Militaristen vorbehalten und nur gezwungen und zögernd folgte ihnen Oesterreich-Ungarn im letzten Konfliktstadium auf diesem verhängnisvollen Wege. Für Moltke wie für Conrad war das Prävenire „ein militärisches Ideal“ (siehe Conrad I S. 142), aber das Objekt ihres Präventionsgedankens war ein verschiedenes: bei Conrad Italien und Serbien, bei Moltke Rußland und Frankreich. In den Weltkrieg ist der österreichische Bundesgenosse, der im letzten Moment vor der ungeheuren Verantwortung und vor dem noch größeren Risiko zurückschreckte, durch Deutschland hineingezogen worden, sowohl diplomatisch wie militärisch. Charakteristisch für diese Tatsache ist — außer vielen anderen Momenten — der Telegrammverkehr zwischen Wilhelm und Franz Joseph vom 31. Juli und 1. August (D. 503.601), in dem Wilhelm seinen Entschluß kundgibt, „sofort den Krieg gegen Rußland und Frankreich zu beginnen“, und Franz Joseph nolens volens der deutschen Initiative mit folgendem Satze sich anschließt:

„Sobald mein Generalstab erfahren hat, daß Du entschlossen bist, den Krieg gegen Rußland sogleich zu beginnen und mit aller Kraft durch-

zuführen, stand auch hier der Entschluß fest, die überwiegenden Hauptkräfte gegen Rußland zu versammeln.“

Charakteristisch ist auch der Streit zwischen Bethmann und Berchtold über die Motivierung, die der am 5. August abgesandten österreichischen Kriegserklärung an Rußland gegeben werden sollte: Berchtold wollte ursprünglich nur den angeblichen russischen „Angriff“ auf Deutschland als Kriegsgrund für Oesterreich, als Bundesgenossen, ins Feld führen; auf Bethmanns energische Remonstration ließ er sich schließlich herbei, neben jenem Angriff auch die „drohende Haltung“ Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn in die Kriegserklärung aufzunehmen, obwohl er, der österreichische Außenminister, am 31. Juli durch Runderlaß an seine Missionen erklärt hatte, daß die Mobilisierungen Rußlands und Oesterreich-Ungarns „die Fortdauer der bisherigen guten nachbarlichen Beziehungen“ und die Fortsetzung der freundschaftlichen Besprechungen zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinett in keiner Weise verhinderten (A III 78). Die Herren vom Ballplatz waren derartig mißtrauisch gegen die von Berlin aus nach allen Himmelsrichtungen hin verbreitete Legende von dem russischen Ueberfall, daß Berchtold vorsorglich dem betreffenden Hinweis in seiner Kriegserklärung die Worte hinzufügte: „laut einer Mitteilung des Berliner Kabinetts“. Berlin hatte nämlich — kaum glaublich, aber wahr! — aller Welt und auch seinem Bundesgenossen weißzumachen gesucht, daß nicht durch eine deutsche Kriegserklärung, sondern durch einen militärischen Einfall russischer Truppen der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland herbeigeführt worden sei. Am 2. August morgens 3 Uhr — also vierzehn Stunden nach Abgang der Kriegserklärung von Berlin nach Petersburg und etwa acht Stunden nach ihrer Ueberreichung — meldete der österreichische Botschafter Szögyény an Berchtold: russische Truppen hätten die deutsche Grenze überschritten, „Deutschland betrachtet sich daher im Kriegszustande mit Rußland. Deutscherseits erfolgt keine Kriegserklärung mehr.“ Urheber dieser Beschwindelung des österreichischen Botschafters war der Staatssekretär Jagow, der natürlich die Meldung Szögyénys — ebenso wie den berühmten Botschafterbericht vom 27. Juli (A. II 68) — für ein „kleines Mißverständnis“ erklären wird. Dies war — nach Eckardstein — der Spitzname, der schon auf der Schule dem wahrheitsliebenden deutschen „Staatsmann“ gegeben worden war. Aber nicht nur Berchtold, auch Conrad stand der ihm gewordenen Meldung von dem russischen Ueberfall mißtrauisch gegenüber, da an der österreichisch-russischen Grenze nichts derartiges erfolgt

sei. Er fragte am Morgen des 2. August bei Moltke an, „ob und wann eine Kriegserklärung Deutschlands an Rußland ergangen sei“, und erhielt die ausweichende Antwort des deutschen Generalstabschefs, „daß sich Deutschland mit Rußland seit Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Rußlands am 1. August im Kriegszustande befinde“ (Conrad IV S. 317). Man hatte in Berlin — wie wir aus Tirpitzens Erinnerungen wissen — eine Heidenangst vor der Möglichkeit, die Oesterreicher könnten im letzten Moment „zurückzucken“ und dadurch Deutschland zum sofortigen Friedensschluß zwingen. Aus dieser Angst heraus erklärt sich die vorsichtige Verschweigung der Tatsache, daß nicht durch russischen Angriff, sondern durch deutsche Kriegserklärung der Krieg herbeigeführt worden ist. Siehe für alles Vorstehende deutsche Dokumente 503, 601, 772, 814. Oesterreichische Aktenstücke III 81 B, 101, 102.

## V.

Nicht bloß diplomatisch, auch militärisch ist Oesterreich in den „großen Krieg“ — wie die Generalstabschefs Conrad und Moltke ihn in ihren Korrespondenzen nennen — hineingetrieben worden. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die Schwierigkeiten näher darzulegen, die dem österreichischen Generalstab dadurch entstanden, daß er viel größere Truppenmassen nach Süden dirigiert hatte, als für den Fall des großen Krieges dorthin bestimmt waren. Conrad führt in seinen Erinnerungen an unzähligen Stellen bittere Klage darüber, daß ihm seine bereits getroffenen und in Ausführung begriffenen Mobilisierungs-Dispositionen in Unordnung gerieten, „als durch die dezidierte Stellungnahme Deutschlands der große Krieg entfesselt wurde“. (Siehe u. a. Conrad IV S. 323). Die Verzögerung dieser „dezidierten Stellungnahme“ — bis zum 30. Juli — ist auf den Antagonismus zwischen der Bethmannschen Zivilregierung und der von Moltke geführten Kriegspartei zurückzuführen, der erst im Laufe des 30. Juli zu einer allmählichen Ueberwindung des schwächlichen Widerstandes und am 31. Juli zu einer völligen Kapitulation des Kanzlers führte. Auch taktische Rücksichten gegenüber dem nur auf den serbischen Krieg bedachten Bundesgenossen, dem der große Krieg nur als mögliche unangenehme Folge des Lokalkrieges, aber nicht als Selbstzweck erschien, mögen den deutschen Generalstabschef veranlast haben, erst in einem möglichst späten Moment seine Karten offen auf den Tisch zu legen.

Das Kriegsprogramm Moltkes ist bereits in seinen im Jahre 1909 an Conrad gerichteten Briefen und dann von neuem in seinem Bericht an den Reichskanzler über die „politische Lage“ vom 29. Juli 1914 (D. 349) in aller wünschenswerten Klarheit dargelegt. Zweier Faktoren bedurfte es für Moltke, um den europäischen Krieg mit Sicherheit herbeizuführen: des Einmarsches der Oesterreicher in Serbien und der Erwidern der — als Protest gegen diesen Einmarsch vorausgesetzten — russischen Teilmobilisierung durch eine österreichische Generalmobilisierung. Die den Krieg auslösende Bedeutung des Einmarsches in Serbien wird in Moltkes Schreiben an Conrad vom 21. Januar 1909 (Conrad I S. 380) mit folgenden Worten betont: „Ich glaube, daß erst der Einmarsch Oesterreichs in Serbien ein eventuelles aktives Einschreiten Rußlands auslösen könnte. Mit diesem würde der casus foederis für Deutschland gegeben sein.“ In seinem Schreiben vom 24. Februar 1909 (Conrad I S. 395) geht Moltke noch weiter: selbst eine dem Kriege abgeneigte russische Regierung würde „durch eine panslavische Bewegung des russischen Volkes zu einer aktiven Politik gedrängt werden . . . wenn Oesterreich in Serbien einmarschiert“. So Moltke 1909. Im Sommer 1914 aber soll — nach Wilhelms, Bethmanns und Moltkes Lügenbehauptung — die Lokalisierung eines österreichisch-serbischen Krieges, also die unbedingte Passivität Rußlands möglich gewesen sein! Niemand, der nicht mit vollständiger Blindheit geschlagen und in absoluter Unkenntnis der südöstlichen Europageschichte der letzten Jahrzehnte war, konnte daran glauben. Moltke und seine Kameraden aber haben die Lokalisierung nicht einmal gewünscht, sondern befürchtet, weil sie ihnen die Gelegenheit entzogen hätte, die „unvermeidliche“ Abrechnung mit den Feinden Deutschlands vorzunehmen. Wie heißt es doch in Moltkes Trosts Schreiben an Conrad vom 14. September 1909 — fünf Monate nach der friedlichen Beilegung der bosnischen Krisis infolge der Kapitulation Rußlands und Serbiens —?

„. . . Hierin wäre eine unendlich wichtige Bürgschaft gelegen für glückliche Durchführung gemeinsamer Operationen, wenn der Kriegsfall eingetreten wäre, über den wir uns verständigt hatten. . . In diesem privaten Schreiben darf ich aussprechen, daß ich mit Euer Exzellenz es aufs tiefste bedauere, daß eine Gelegenheit unbenutzt vorübergegangen ist, die unter so günstigen Bedin-

gungen sich sobald nicht wieder bieten dürfte. . . Immerhin, Exzellenz, lassen Sie uns vertrauensvoll in die Zukunft blicken . . .“

Nachdem die Kriegsanzettelung im Frühjahr 1909 zu Moltkes tiefstem Bedauern an der Friedfertigkeit Rußlands und der anderen Entente-Mächte gescheitert war, versucht der deutsche Generalstabschef im Juli 1914 den Faden da wieder aufzunehmen, wo er im Jahre 1909 ihn fallen lassen mußte. In seinem bereits oben erwähnten politischen Bericht an den Reichskanzler vom 29. Juli (D. 349) spricht er von der „Strafexpedition“ Oesterreichs gegen Serbien, die Rußland — entsprechend den Voraussetzungen Moltkes von 1909 — mit der Mobilisierung der Militärbezirke Kiew, Moskau und Odessa beantworten werde; Oesterreich, das bisher nur acht Armeekorps gegen Serbien mobilisiert habe, werde und müsse dann auch die andere Hälfte seines Heeres mobilmachen. „Mit dem Augenblick aber, wo Oesterreich sein ganzes Heer mobilmacht, wird der Zusammenstoß zwischen ihm und Rußland unvermeidlich werden. Das aber ist für Deutschland der casus foederis . . . Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß zwischen Oesterreich und Rußland unvermeidlich ist, mobilmachen und bereit sein, den Kampf nach zwei Fronten aufzunehmen.“ Man beachte: bereits am 29. Juli, als zunächst nur die österreichische Kriegserklärung an Serbien und die russische Teilmobilisierung vorlag, hält Moltke den europäischen Krieg für „unvermeidlich“ — für so unvermeidlich, daß er nur durch „ein Wunder“ noch verhindert werden könne. Der Wunsch war eben auch hier der Vater des Gedankens. Ich wiederhole: am 29. Juli! Vierundzwanzig Stunden, nachdem der Allergnädigste Herr Moltkes, nach Lektüre der serbischen Antwortnote, geschrieben hatte: das sei eine „Kapitulation demütigster Art“, durch die jeder Grund zum Kriege entfalle; er selbst, Wilhelm, würde angesichts eines so „großen moralischen Erfolges“ weder seinen Gesandten abberufen, noch gar Mobilmachung befohlen haben (D. 271. 293). Diese und unzählige andere Widersprüche zwischen dem Verhalten der maßgebenden Berliner Instanzen zu einander finden ihre einzige, aber auch vollkommen genügende Erklärung in den gegensätzlichen Bestrebungen der zivilen und der militärischen Ratgeber des Kaisers, die diesen hysterischen, allen wechselnden Einflüssen zugänglichen, von einem Extrem ins andere taumelnden, nur scheinbar den Herrn spielenden, in Wahrheit von seiner Umgebung abhängigen Psychopathen wie einen Spielball hin und her warfen, bis er schließlich auf Seiten der Kriegspartei liegen blieb.

An demselben Tage, an dem Moltke seinen Situationsbericht an den Kanzler sandte, fand die bekannte Beratung des Kaisers mit den zivilen und militärischen Spitzen in Potsdam statt. Moltke ließ bei dieser Gelegenheit alle Minen springen, um sofort — auf Grund der bloßen russischen Teilmobilisierung gegen Oesterreich — die deutsche Mobilisierung und die Stellung eines Ultimatus an Rußland durchzusetzen. Delbrück, dem wir diesen interessanten Einblick in die Geheimnisse der Potsdamer Beratung verdanken, fügt — als angebliche Entschuldigung für den Generalstabschef — hinzu: er habe so gehandelt „nicht, weil er den Krieg wünschte, sondern, weil er die Unvermeidlichkeit sah und in dem sofortigen Zuschlagen den einzigen Weg der Rettung“. (Siehe Delbrück „Kautsky und Harden“ S. 21 und „Deutsch-Englische Schulddiskussion“ S. 16). Delbrück fügt selbst hinzu, daß die Annahme der Generalstabsvorschläge in der Potsdamer Beratung vom 29. Juli „der sofortige Krieg gewesen wäre“. Bethmann — in seiner bekannten, die deutschen Kriegsmacher aufs schwerste belastenden Ministerrats-Rede vom 30. Juli (D. 456) — geht sogar noch weiter als Delbrück, indem er schon die Erklärung der „drohenden Kriegsgefahr“ als Vorspiel des unvermeidlich darauf folgenden Krieges hinstellt: „Erklärung der drohenden Kriegsgefahr bedeute die Mobilmachung und diese unter unseren Verhältnissen — Mobilmachung nach beiden Seiten — den Krieg“. Bethmann gesteht zu — in derselben Rede —, daß von militärischer Seite der Wunsch geäußert worden sei, die „drohende Kriegsgefahr“ auszusprechen. Damit ist zugestanden, daß die Militärs in der Potsdamer Beratung auf Krieg plaidiert haben. Ich wiederhole auch hier: auf Krieg plaidiert am 29. Juli nachmittags, als soeben erst die Nachricht von der russischen Teilmobilisierung gegen Oesterreich eingetroffen und von einer Generalmobilisierung Rußlands (die erst am 31. Juli vormittags aus Petersburg gemeldet wurde) noch keine Rede war. Wenn die Militärs in der Potsdamer Beratung noch keinen entscheidenden Erfolg ihrer Kriegsbestrebungen erzielten, so war das nur ein Ansporn für sie, in den folgenden Stunden und Tagen mit wirksameren Machinationen und stärkeren Druckmitteln auf den ewig schwankenden Kaiser vorzugehen. In dieses Gebiet fällt unter anderem die am 30. Juli lancierte Lokalanzeiger-Meldung von der deutschen Generalmobilisierung, die — gleichgültig, ob sie den Zarenentschluß beeinflußt hat oder noch beeinflussen konnte — jedenfalls seitens der militärischen Faisseure dazu bestimmt war, die Russen zur prioritäti-

schen Generalmobilisierung zu drängen und so den deutschen Entschluß zur Mobilisierung, die für Deutschland Krieg bedeutete, zu beschleunigen. Auf verschiedene andere Machinationen der Militärpartei gegen die Zivilregierung, die sich am 30. Juli abspielten und dem willensschwachen, immer mehr zur Kapitulation gedrängten Kanzler den Weg zum Frieden endgültig versperren sollten, kann ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Unanfechtbare Tatsache — durch Dokumente belegt — ist für mich:

daß auch ohne die russische Generalmobilisierung, die angeblich den Stein ins Rollen gebracht haben soll, der von Moltke und seinen Leuten erstrebte Krieg — ein Präventivkrieg aus militärischen Vorteilsgründen — herbeigeführt worden wäre; daß somit die russische Generalmobilisierung nicht der Grund, sondern der Vorwand zum Kriege gewesen ist.

Die Beweise für diese These habe ich in einer diesem Thema speziell gewidmeten, noch unveröffentlichten Monographie zusammengestellt und muß mich an dieser Stelle begnügen, auf das Zeugnis des bayerischen Gesandten Lerchenfeld hinzuweisen, der in einem Bericht vom 31. Juli die in den maßgebenden Berliner Kreisen herrschende Ansicht konstatiert, „daß, nachdem Rußland zur partiellen Mobilisierung geschritten ist, der Weltkrieg nicht mehr aufzuhalten gewesen ist“ (D. IV S. 149). Das entspricht genau dem von Moltke in seinen Briefen von 1909 und in seinem Exposé vom 29. Juli 1914 (D. 349) aufgestellten Kriegsanzettelungs-Programm: Oesterreich eröffnet den Krieg gegen Serbien, Rußland — als Protest gegen diesen Ueberfall auf den slavischen Bundesbruder — mobilisiert die gegen Oesterreich gerichteten Militärbezirke, Deutschland sieht in dieser „Bedrohung“ der österreichisch-ungarischen Monarchie den casus foederis, mobilisiert und führt den Krieg herbei. Dieser programmäßige Verlauf ist durch die russische Generalmobilisierung erleichtert und beschleunigt worden, hätte aber auch ohne solche stattgefunden.

## VI.

Zu den bisher bekannten, zum großen Teil den bayerischen Archiven entstammenden Beweisstücken für die obige These sind vor kurzem die im 4. Bande von Conrads Erinnerungen, S. 148 bis 156, bekanntgegebenen, überaus wichtigen Dokumente hinzugetreten. Es handelt sich um einen am 30. und 31. Juli stattgehabten direkten Telegrammverkehr zwischen den Generalstabschefs Moltke



und Conrad, aus welchem mit unwiderleglicher Sicherheit hervorgeht, daß Moltke bereits am 30. Juli abends — wahrscheinlich 16, mindestens aber 12 Stunden vor dem Eintreffen der deutschen Botschaftermeldung aus Petersburg betreffend die russische Generalmobilisierung — seinem Kollegen Conrad aufs dringendste die sofortige Generalmobilisierung angeraten, das unbedingte Mitgehen und Mobilisieren Deutschlands auf Grund des casus foederis zugesichert und die Ablehnung der noch schwebenden englischen Vermittlungsaktion anempfohlen hat. Die Tatsache dieses Telegrammverkehrs zwischen den beiden Generalstabschefs war dem Schuldforscher bereits aus der deutschen und österreichischen Aktensammlung von 1919 bekannt (D. 498, 825. A III 34, 50). Der Wortlaut der Moltkeschen Telegramme, die zum Teil durch Vermittlung des österreichischen Militärattachés Biennerth und des nach Berlin kommandierten k. k. Hauptmanns Fleischmann nach Wien spediert wurden, wird uns erst heute durch Conrad enthüllt. Der für die Schuldfrage überaus wichtige Inhalt dieser Telegramme beweist von neuem, wie vorsichtig die Herausgeber der deutschen Dokumentensammlung gehandelt haben, als sie die militärischen Akten „wegen der knapp bemessenen Zeit“ der Oeffentlichkeit vorenthielten.

Der Kernpunkt der Conradschen Enthüllungen sind zwei Kundgebungen Moltkes, die am 31. Juli morgens bei Conrad eintrafen: die eine von Moltke direkt, angelangt um 7 Uhr 45 Minuten morgens, die andere in Moltkes Auftrage von dem Militärattaché Biennerth unterzeichnet, angelangt in Wien zweifellos in frühester Morgenstunde des 31. Juli. Eine genaue Zeitangabe für das Eintreffen des Biennerthschen Telegramms fehlt uns, aber wir können aus dem Szögyényschen Telegramm (A. III 34), das um 7 Uhr 40 Minuten abends den „soeben“ erfolgten Abgang des Telegramms des Militärattachés meldet, schließen, daß dieses letztere nicht später als in den Abendstunden des 30. Juli aus Berlin abgegangen und noch in der Nacht vom 30. zum 31. Juli in Wien angekommen sein muß. Unter allen Umständen ist es von Berlin mindestens zwölf Stunden vor Eintreffen der Petersburger Botschaftermeldung über die russische Generalmobilisierung (31. Juli 11 Uhr 40 Minuten vormittags, D. 473) abgegangen. Das Entscheidende ist: Moltke hat in seiner persönlichen und in der durch Biennerth übermittelten Kundgebung, die beide viele Stunden vor dem Bekanntwerden der russischen Generalmobilisierung von Berlin abgegangen sind,

1. die Generalmobilisierung Oesterreich-Ungarns verlangt, als Antwort auf die russische Teilmobilisierung;
2. den Bündnisfall für Deutschland anerkannt;
3. die Mobilisierung Deutschlands angekündigt;
4. die Ablehnung der englischen Vermittlungsaktion gefordert.

Nachstehend der Wortlaut der beiden Telegramme:

Telegramm Moltkes an Conrad, angelangt am 31. Juli 7 Uhr 45 morgens: „Russische Mobilisierung durchhalten; Oesterreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen.“

Telegramm des Militärattachés Bienert, abgegangen Berlin 30. Juli abends, angekommen Wien in der Nacht vom 30. zum 31. Juli: „Moltke sagte, daß er die Lage kritisch beurteile, wenn die österreich-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisiert. Durch abgegebene Erklärung Rußlands über angeordnete Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmaßregeln durch Oesterreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibt, ja keinen Mann an italienischer Grenze lassen. Von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen. Für Oesterreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“

Ein weiterer Kommentar zu diesen so beredten Schriftstücken scheint überflüssig. Dem kundigen Geschichtsforscher bieten sie überdies nichts neues, sondern nur die Bestätigung und deutlichere Illustrierung dessen, was schon aus den bisher bekannten Dokumenten zu entnehmen war. Die Bestätigung durch den Hauptangeklagten selbst, den Generalstabschef Moltke. Die deutsche Unschuldanswaltschaft, der die Conradschen Enthüllungen recht unbequem sind, geht über den wichtigsten Punkt, nämlich den Zeitpunkt der Absendung der Berliner Telegramme — den Beweis für die Einflußlosigkeit der russischen Generalmobilisierung auf den Kriegeausbruch — mit erklärlicher Scheu hinweg und begnügt sich, den Eingriff Moltkes in die diplomatischen Vorgänge (das Verlangen der Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages) einer gelinden Kritik zu unterwerfen. Als wenn nicht Moltkes gesamte Tätigkeit während der Konfliktsperiode — von

dem Entwurf des an Belgien zu richtenden •Ultimatums (26. Juli) bis zu seinem Verhalten in den letzten Konfliktagen (29., 30., 31. Juli) — lediglich aus Eingriffen in die Zivilgewalt, aus Durchkreuzungen der schwächlichen Friedensversuche des Kanzlers, aus Bemühungen, eine unausweichliche Kriegssituation zu schaffen, bestanden hätte! Selbst der Rat an Oesterreich, die englische Vermittlung abzulehnen, überrascht den Kenner der Dokumente nicht: Schon aus den Münchener Archiven wußten wir, daß am 31. Juli morgens 7 Uhr 45 — also genau zu der Zeit, als Moltkes Telegramm bei Conrad eintraf, vier Stunden vor Bekanntwerden der russischen Generalmobilisierung — eine Telephonade der Gesandtschaft an das bayerische Außenministerium folgenden Inhalts stattfand: man erwarte „in den Berliner maßgebenden Kreisen“ keinen Erfolg der deutsch-englischen Vermittlung, sei vielmehr überzeugt, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden“ (D. IV. S. 158). Dieser „Gang der Dinge“, der an anderen Stellen der Dokumente als „elementare Kräfte“ oder „rollende Steine“ oder dergleichen fatalistisch bezeichnet wird, war in Wirklichkeit etwas sehr Reales: er trug preussische Generalsuniform mit den himbeerroten Streifen des Generalstabs; er saß am Königsplatz und setzte die Lunten in Brand, die in der Wilhelmstraße die kriegerische Explosion entflammen sollten. Die bayerische Telephonade vom 31. Juli morgens ist das Korrelat zu den Moltkeschen Telegrammen an Conrad: der Krieg war beschlossene Sache in Berlin, der Druck des Generalstabs hatte sein Ziel erreicht, lange ehe die Nachricht von der russischen Generalmobilisierung an das Auswärtige Amt gelangte. Die den Oesterreichern von Moltke erteilten Weisungen und Ratschläge waren Maßregeln, um den Kriegsentschluß programmäßig zur Durchführung zu bringen und Rußland ins Unrecht zu setzen, soweit dies bei der damals allein vorliegenden russischen Teilmobilisierung irgend möglich war. Die Zivilregierung hatte kapituliert. Mars regierte die Stunde.

## VII.

Welche Wirkung hat Moltkes Kriegshetzerei auf die Entschlüsse Wiens ausgeübt? Am 30. Juli um die Mittagszeit war dem Generalstabschef Conrad die russische Teilmobilisierung der gegen Oesterreich gerichteten Militärbezirke (zu denen Conrad irrtümlich Warschau, statt Moskau, zählt) bekannt geworden. Um 3 Uhr 30 nachmittags wurde Conrad zu Berchtold gerufen, um über die beim

Kaiser zu beantragende allgemeine Mobilisierung zu beraten. Berchtold machte bei dieser Gelegenheit die Mitteilung von der bekannten — in der Nacht vom 29. zum 30. Juli von Bethmann abgesandten — Note (D. 395), in welcher der Kanzler die Annahme des Greyschen Vorschlages „Halt in Belgrad“ dem Wiener Kabinett „dringend und nachdrücklich zur Erwägung anheimstellte“. Diese Note gehört zu den letzten verzweifelten Versuchen Bethmanns, nach dem Fehlschlagen seiner Bemühungen um eine englische Neutralitätszusage (Blaubuch 85) auf der Basis des Greyschen Vermittlungsvorschlages eine friedliche Lösung zustande zu bringen — Versuche, deren Energielosigkeit — und damit Erfolglosigkeit — deutlich die Zwangslage widerspiegelt, in der sich der unglückliche Kanzler zwischen der Scylla der militärischen Kriegsdrängerei und der Charybdis des eigenen Friedenswunsches befand. Daß die in jener Nacht von Bethmann abgesandten Angstnoten nichts für die Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriege beweisen, daß der Kanzler überhaupt nicht mehr Herr der Geschicke seines Volkes war, sondern die Zügel der Regierung von Stunde zu Stunde mehr in die Hände der militärischen Führer glitten, die ihrerseits unbeirrt, bewußt und absichtlich, auf den Krieg losmarschierten, ist ein Thema für sich, das hier nicht näher behandelt werden kann. Die deutschen Unschuldsapostel schlachten jene Bethmannschen Nachtdepeschen als wichtigste Beweismittel für ihre Unschuldsthesen aus; in Wahrheit sind sie nur Beweismittel für den Gegensatz zwischen der Zivilregierung und der Militärpartei, der schließlich zu einem vollen Siege der letzteren führte.

Graf Berchtold hatte — wie Tschirschky berichtet (D. 465) — die Bethmannsche Note von dem deutschen Botschafter, der am 30. Juli bei ihm frühstückte, erfahren, hatte „bleich und schweigend“ die zweimalige Verlesung angehört und die Antwort erteilt, er werde sofort seinem Kaiser darüber Vortrag halten. Bevor dieser Vortrag stattfand, wurde der Generalstabschef Conrad zu dem Außenminister gerufen, um zusammen mit diesem und dem Kriegsminister Krobotin sich zum Zwecke einer gemeinschaftlichen Beratung zum Kaiser zu begeben. Die Beratung führte zu dem Beschluß: den Krieg gegen Serbien fortzusetzen, den englischen Vorschlag in verbindlicher Form abzulehnen und die allgemeine Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte anzuordnen, — letzteres vorbehaltlich der Beratung in dem für den nächsten Tag, 31. Juli, angesetzten Ministerrat, zu dem das Eintreffen des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza erwartet wurde. Die beim Kaiser anwesenden Minister und der

Kaiser selbst stimmten darin überein, daß die Generalmobilisierung keineswegs Kriegsabsichten gegen Rußland bedeuten, vielmehr nur eine Schutzmaßregel gegen Rußlands Teilmobilisierung sein sollte. Selbst Conrad, der die Fortsetzung des Krieges gegen Serbien für unerlässlich hielt, erklärte: wenn die Russen den Oesterreichern nichts täten, brauchten diese den Russen auch nichts zu tun. „Nichts lag uns ferner — so versichert Conrad in seinen Erinnerungen, Band IV, Seite 148 — als während unseres Notwehraktes gegen Serbien, der ohnehin schon starke Kräfte in Anspruch nahm, auch noch gegen Rußland kriegerisch vorzugehen.“

Die in Wien herrschende Abneigung gegen einen europäischen Krieg schien durch das Bethmannsche Nachttelegramm (D. 395) und durch eine am 30. Juli abends in Schönbrunn angelangte Depesche Wilhelms an Franz Joseph (D. 437) unterstützt zu werden. Auch diese Kaiserdepesche sprach von dem „Halt in Belgrad“, war aber noch schwächer gehalten als die Kanzlerdepesche aus der vergangenen Nacht: Wilhelm erklärte, er habe eine persönliche Bitte des Zaren um Friedensvermittlung „nicht ablehnen zu können geglaubt“, er bat um die möglichst baldige „Entscheidung“ Franz Josephs, enthielt sich aber jeder Anempfehlung oder Befürwortung des englischen Vorschlages. Kein Wunder, daß Kaiser wie Kanzler mit ihren energielosen Kundgebungen in Wien kein Gehör fanden, zumal die Bethmann und Jagow durch verschiedene vorangegangene Botschaften den begründeten Verdacht erweckt hatten, daß es ihnen viel weniger auf eine friedliche Ausgleichung der Gegensätze, als auf die Schuldabwälzung auf Rußland und die Neutralhaltung Englands ankam. Immerhin wirkten die Kaiser- und Kanzlerdepeschen wenigstens insoweit in Wien, daß man einen „Rückzug“ Wilhelms — infolge des Auspringens Italiens und der zweifelhaften Haltung Englands — für möglich hielt.

In diese Situation nun platzten die Moltkeschen Depeschen vom 30. Juli abends hinein, mit denen Conrad sofort, am Morgen des 31. Juli, zum Kriegsminister Krobatin und mit diesem zum Grafen Berchtold ging, bei dem auch Tisza, Stürgkh und Burian versammelt waren. Der unlösbare Widerspruch zwischen den Instruktionen Bethmanns an Tschirschky und den Telegrammen Moltkes an Conrad veranlaßte Berchtold zu dem Ausruf: „Wer regiert: Moltke oder Bethmann?“ Berchtold setzte sodann den anwesenden Herren den Zweck der Zusammenkunft auseinander: „Ich habe Sie herbitten lassen, weil ich den Eindruck hatte, daß Deutschland zurückweicht; nun habe ich aber von maß-

gebendster militärischer Seite beruhigendste Erklärung.“ Auf diese Mitteilung Berchtolds folgt unmittelbar — in Conrads Erzählung — der Beschluß: die Anordnung der allgemeinen Mobilisierung bei Seiner Majestät zu erbitten. Der Kriegsminister begab sich in die Militärkanzlei, um die Unterschrift des Kaisers Franz Joseph einzuholen; der unterschriebene Befehl traf um 12 Uhr 23 nachmittags im Kriegsministerium ein und wurde sofort ausgegeben. Die Mobilisierung wurde durch Berchtold den auswärtigen Regierungen unter der ausdrücklichen — bereits oben erwähnten — Versicherung mitgeteilt, daß sie einen rein defensiven Charakter trage, daß keinerlei aggressive Absichten gegen Rußland beständen und die Fortdauer der bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland sowie der „der Situation entsprechenden Besprechungen“ zwischen den beiden Kabinetten von österreichischer Seite gewünscht werde (A. III. 78). Nach Beendigung der Beratung mit Conrad und den anderen Herren begab sich Berchtold in die Ministerratssitzung, die über den englischen Vermittlungsvorschlag und die an Italien zu gewährenden Kompensationen beraten sollte. Der einstimmige Beschluß der österreichisch-ungarischen Minister bestätigte im wesentlichen das Resultat der am 30. Juli nachmittags stattgehabten Beratung beim Kaiser: Fortsetzung des Krieges gegen Serbien, Vermeidung eines Eingehens auf den englischen Vorschlag „in meritorischer Hinsicht“, aber unter der Form scheinbaren Entgegenkommens; Verlangen der Einstellung der russischen Mobilisierung. (A. III, 65, 79). Alle anwesenden Minister waren sich darüber einig, daß ihr Beschluß eine glatte Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages war, dessen Kernpunkt: Beschränkung der österreichischen Kriegsoperationen auf serbischem Boden, Festhaltung gewisser territorialer Faustpfänder während der schwebenden Mächtevermittlung — mit dem Verlangen der Oesterreicher nach unbeschränkter Kriegsfortsetzung unvereinbar war.

So war denn am 31. Juli vormittags — auch der Ministerrat hatte noch in den Vormittagsstunden stattgefunden — alles erfüllt, was Moltke in seinen Telegrammen an Conrad so dringend verlangt hatte. Die bereits am 30. Juli nachmittags in kleinerem Kreise beim Kaiser beschlossene Generalmobilisierung war am 31. Juli morgens in erweitertem Kreise, in Anwesenheit des Grafen Tisza, bestätigt, der englische Vermittlungsvorschlag „zur Erhaltung des Friedens“ dem Wunsche Moltkes entsprechend „in meritorischer Hinsicht“ abgelehnt worden. Die Tatsache der österreichischen Generalmobilisierung war bereits um acht

Uhr morgens — also noch vor dem bestätigenden Beschlusse der Vormittagskonferenz bei Berchtold, lediglich auf Grund der kaiserlichen Entscheidung vom 30. Juli nachmittags — von Conrad an Moltke und von Berchtold an Bethmann telegraphisch mitgeteilt worden (D. 498, 825. A. III 50). Schon aus der Bemerkung in Conrads Telegramm „Erbitten Bekanntgabe dortigen ersten Mobilmachungstages“ konnte man — bereits vor dem Erscheinen des 4. Bandes der Conradschen Erinnerungen — schliessen, daß Moltke gleichzeitig mit dem Verlangen nach der österreichischen Mobilisierung die eigene deutsche Mobilisierung angekündigt haben müsse. Heute finden wir diese Schlußfolgerung durch Moltkes Telegramm vom 30. Juli voll bestätigt. Es stand also bereits in den frühesten Morgenstunden des 31. Juli zwischen den verbündeten Kaiserreichen fest, daß beide zur Generalmobilisierung entschlossen waren, noch ehe die russische Generalmobilisierung ihnen bekannt geworden war. Trotzdem soll die letztere das Karnickel gewesen sein, das den Krieg angefangen hat! Um dieses Kartenhaus aufzubauen, werden von Herrn Montgelas und seinen Mitstreitern täglich neue Bausteine — nämlich Stunden- und Minutenrechnungen über den Zeitpunkt des Zarenentschlusses zur Generalmobilisierung usw. — herangeführt, Bausteine, die sämtlich an der unerschütterlichen Feststellung zerbröckeln:

1. daß Kaiser Franz Joseph an demselben Nachmittag des 30. Juli, an dem der Zar den definitiven Entschluß zur Generalmobilisierung faßte, die gleiche Entscheidung für Oesterreich-Ungarn traf;
2. daß beide Entscheidungen unabhängig voneinander und ohne Kenntnis der einen von der anderen getroffen worden sind;
3. daß auch die deutsche Generalmobilisierung bereits am 30. Juli abends beschlossene Sache war, mehr als 12 Stunden vor dem Eintreffen der Botschaftermeldung über die russische Generalmobilisierung.

Mit diesen Feststellungen bricht das ganze Kartenhaus der Schuldkonstruktion gegen Rußland elend zusammen. Die militärischen Maßregeln Deutschlands und Oesterreichs auf der einen, Rußland auf der anderen Seite kompensieren sich derartig, daß kein Debetsaldo zu Lasten der einen oder anderen Partei übrigbleibt. Für die Frage der Kriegsschuld kommt es nur darauf an, welche Ziele der mobilisierende Staat mit seiner militärischen Maßregel verfolgte, welche Konsequenzen er daran knüpfte. Die zivilen und militärischen Lenker Rußlands, der Zar an der Spitze, haben ungezählte Male in feierlicher und durchaus glaub-

würdiger Weise erklärt, daß ihre Mobilisierung nicht Krieg bedeute, daß sie nur eine Schutzmaßregel gegen befürchteten feindlichen Angriff sei. Der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, General Chelius, der besondere Vertrauensmann Wilhelms, schrieb am 30. Juli seinem Kaiser: er habe den Eindruck, „daß man hier aus Angst vor kommenden Ereignissen mobilisiert hat ohne aggressive Absichten und nun erschreckt ist darüber, was man angerichtet hat.“ Und Wilhelm vermerkte am Rande: „richtig, so ist es“. (D. 445). Dies nur einer der ungezählten Belege für Rußlands Friedenswillen und für die Ueberzeugung der deutschen Machthaber, daß Rußland keinen Ueberfall beabsichtigte.

In gleicher Lage wie Rußland war Oesterreich-Ungarn: es mobilisierte zuerst partiell, sodann generell, um seinen serbischen Krieg durchzuführen und gegen einen eventuellen Angriff Rußlands gesichert zu sein. Eine aggressive Absicht gegen Rußland lag den zivilen und militärischen Instanzen Oesterreich-Ungarns völlig fern. Das wußten wir schon aus den deutschen und österreichischen Akten-sammlungen von 1919. Das haben uns die Conradschen Erinnerungen in vollstem Maße bestätigt: man riskierte den europäischen Krieg, aber man wollte ihn nicht, ja man fürchtete solche Katastrophe, der die Donaumonarchie auch nach Conrads Urteil nicht gewachsen war.

Die einzige Stelle, wo man den Großmachtskrieg positiv wollte, weil man die Erfolgchancen Deutschlands für überaus günstig hielt und keinerlei andere Rücksichten gelten ließ, die einzige Stelle, wo man unbedingt losschlagen wollte, war der deutsche Generalstab, war die Kriegspartei am deutschen Kaiserhofe. Moltke und seine Leute haben den furchtbaren Mechanismus in Bewegung gesetzt, der zehn Millionen Menschen vom Leben zum Tode befördert, die doppelte und dreifache Zahl verwundet und verstümmelt, den Wohlstand Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichtet, das deutsche Volk in den Abgrund geführt hat. Und wenn die deutschen Unschuldsapostel noch weitere hunderttausend Bände mit ihren angeblichen Unschuldsbeweisen anfüllen sollten, nie und nimmer werden sie die Tatsache aus der Welt schaffen: Moltke und seine Leute sind die schuldigen Anstifter und Urheber des Weltkrieges gewesen.



# Wer ein Buch des Friedens kauft, stärkt den Frieden.

„Friede durch Recht“, G. m. b. H., Wiesbaden, Gartenstrasse 18

Spezialverlag und Versandsortiment für pazifistische, föderalistische Literatur.

Ein Verlagskatalog, sowie ein besonderes Verzeichnis der wesentlichen pazifistischen und föderalistischen Literatur wird gern auf Wunsch kostenlos übermittelt.

Da der Verlag „Friede durch Recht“ es sich zur Aufgabe gesetzt hat, in großzügiger Weise unter Ausschluß privater Erwerbszwecke für die Weltanschauung einer internationalen Rechtsordnung und einer Friedenspolitik zu wirken durch möglichste Verbreitung einschlägiger Schriftwerke, seien alle Gesinnungsfreunde gebeten, durch Bücherbestellungen den Verlag und das Sortiment zu unterstützen und so indirekt weiterzuhelfen in der Stärkung und Ausbreitung des Friedensgedankens. Besonders sei auf die

## Dokumente deutschen Denkens und preussischer Prinzipien

Heft 1—4 :—: Preis je 40 Pfg.

hingewiesen, die sehr wertvolles Material zur Bekämpfung der nationalistischen Vorurteile und chauvinistische Irreführungen enthalten.

Heft 1 enthält:

Ludwig Pfau: „Preußische Ethik und Polemik“.

Emel: „Die deutsche Unschuldslüge“.

Dr. R. Grelling: „Aus der Falschmünzwerkstätte der Wilhelmstraße“.

Heft 2 enthält:

„Dokumente zur Friedensbewegung im katholischen Lager“.

Heft 3 bringt

unter dem Gesamttitel: „Der preußische Schwertglaube — Deutschlands Verhängnis“. Aufsätze aus der Hand von Fritz Röttcher, F. W. Foerster, General von Schönaich und Lilli Jannasch.

Heft 4 behandelt

vorwiegend das Problem der Demokratie und enthält u. a. einen Aufsatz von F. Röttcher „Von der deutschen Demokratie“, der mitten in die Probleme des modernen Pazifismus führt, ebenso wie der Artikel von Fr. W. Foerster: „Anmerkungen zur Weltlage“, und Lilli Jannasch feinsinnige Ausführungen über „Weltgewissen und Versöhnungsopfer“.

Heft 5 behandelt:

Die Unschuldslüge der Berliner Weltkriegsmacher:

1. Ein entscheidendes Dokument in der Frage der Schuld am Kriegsausbruch.
2. Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten an seine Regierung am 29. Juli 1914.
3. Die „Berichtigung“ der bayerischen Staatszeitung.
4. Bayerische Dokumentenforschung.
5. Die Wiederkehr der Unschuldslüge.
6. Deutscher Protest gegen die Schuldanklage.
7. Die innen- und außenpolitische Bedeutung der Schuldfrage.
8. Von der Sozialdemokratie und dem Kriegsbeginn.
9. Die russische Mobilisation.
10. Die deutsche Unschuldskampagne.
11. Was man dem deutschen Volke vorlog.
12. Präsident T. G. Masaryk über die Schuldfrage.
13. Randbemerkungen Wilhelms II. zu diplomatischen Schriftstücken.
14. Die deutsche Kriegführung in Belgien.
15. Zum Gedächtnis.

Bibliothek der FES



1106835